

Hessen: Millionenbetrag für freiwillige Ausreise - Eignet sich diese Meldung als Skandal?

„Mithilfe vom Land gezahlter Unterstützung sind in den vergangenen Jahren 1.775 Migranten freiwillig in ihr Heimatland zurückgekehrt. Anschließend seien 58 von ihnen erneut nach Deutschland eingereist, teilte das Innenministerium auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion in Wiesbaden mit.“ [So ist es am 27. August auf hessenschau.de nachzulesen.](#)

Die Reaktion der AfD im Wahlkampf ist vorhersehbar. Das Land Hessen habe undankbaren illegal eingereisten Personen Millionen für nichts und wieder nichts in den Rachen gestopft. Eigentlich seien rigorose polizeiliche Maßnahmen nötig. So dürfte die Parole lauten, und sie wird ihr Publikum finden. Aber wie sieht es wirklich aus?

Es handelt sich um einen Betrag von 1,7 Millionen Euro bezogen auf rund 1.700 Menschen, also um rund € 1.000.- pro Person, und um einen Zeitraum von vollen vier Kalenderjahren. Furchtbar viel ist das nicht. Im Jahr 2022 hat das hessische Innenministerium mehr als 858 Millionen Euro für sächliche Verwaltungsausgaben veranschlagt. Die Rede ist also von einem Bruchteil der Portokasse. Außerhalb des Sommerlochs wäre es keine Meldung wert gewesen. Und doch wirft der Bericht Fragen auf:

- Wie viele der ausgereisten Personen sind in Hessen einer geregelten sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgegangen? Deren Steuern und Sozialversicherungsabgaben müssten gegengerechnet werden. Ohne bezuschusste Ausreise hätten sie für das Land Geld eingebracht und keine Kosten verursacht.
- Wie viele haben wegen der Ausreise eine berufliche oder schulische Ausbildung abgebrochen? Sie fehlen jetzt auf dem Lehrstellenmarkt. Fachkräfte von morgen sind verloren gegangen. Das Geld für ihre freiwillige Ausreise diene in Wirklichkeit der Verstärkung des Fachkräftemangels.
- Wie freiwillig war die Ausreise wirklich? Stand sie am Ende einer qualifizierten Beratung mit offenem Ausgang oder wurde sie durch Androhung einer Abschiebung erzwungen? Wer sich zwischen Abschiebung in Handschellen oder unauffälliger Ausreise entscheiden muss, wählt die weniger diskriminierende Variante, auch wenn in beiden Fällen Elend und Verfolgung im Herkunftsland drohen.

Eigentlich haben wir also keine Skandalmeldung vor uns. Und wenn doch, dann handelt es sich um einen Skandal der hessischen Migrationspolitik. Verstärkte Integrationsbemühungen wären die humane und obendrein kostengünstigere Alternative gewesen. Aber die eignet sich offenbar nicht so gut für den Wahlkampf.

Cölbe, den 27. August 2023

